

Sitzung der 91. Europaministerkonferenz am 1. und 2. März 2023 in Brüssel

Für ein starkes Europa – demokratisch, wertebasiert und weltoffen

Berichterstatter: Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Beschluss

1. Die Europäische Union (EU) ist als Staatenverbund weltweit einzigartig. Sie und ihre Vorgänger haben in Europa über mehr als sieben Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten beigetragen. Die europäischen Werte, die beispielsweise in den durch die EU geschaffenen und von den Bürgerinnen und Bürgern gelebten Freiheiten ihren Ausdruck finden, sind eine wesentliche Grundlage für Frieden und Wohlstand in Europa. Es ist die Aufgabe der Regierungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie der europäischen Institutionen diese Werte zu bewahren und zu verteidigen.
2. Einzigartig ist auch der gemeinsame Binnenmarkt, der die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger sowie den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital ermöglicht. Gemeinsam mit dem Euro und begleitet durch sozialpolitische Maßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrungen in Europa hat der Binnenmarkt die wirtschaftliche Dynamik in der EU maßgeblich befördert. Die europäische Integration ist eine historische Errungenschaft, die es wert ist, bewahrt, geschützt und gepflegt zu werden.
3. Derzeit steht die EU vor einer Vielzahl von Herausforderungen: der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die aktuelle Energiekrise, der fortschreitende Klimawandel, das dynamische

Migrationsgeschehen und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie. Diese multiple Krise verbunden mit der sich weiter intensivierenden globalen Systemkonkurrenz, erschwert die Bewältigung der notwendigen sozioökonomischen Transformationsaufgaben. Gleichzeitig braucht es den internationalen Dialog, um Lösungen für die globalen Krisen zu finden. Die Mitglieder der EMK sind sich einig, dass die Bewältigung dieser und auch der kommenden Herausforderungen nur mit einer starken und souveränen EU gelingen wird. Dazu braucht es eine Stärkung der europäischen Mechanismen zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der EU und die Bereitschaft strukturelle Reformen zu diskutieren.

4. Die Mitglieder der EMK betonen, dass die in Artikel 2 Satz 1 des Vertrages über die Europäische Union genannten verbindlichen Grundwerte das Wesen der EU als Gemeinschaft demokratischer Mitgliedsstaaten definieren und damit nicht verhandelbar sind. Mit Besorgnis nehmen die Mitglieder der EMK zur Kenntnis, dass insbesondere die Rechtsstaatlichkeit, ein Grundpfeiler der EU, in einigen europäischen Ländern bedroht ist. Den Rechtsstaat in Frage stellende Entwicklungen innerhalb der EU muss frühzeitig und wirksam entgegengetreten werden. Die gemeinsamen Grundwerte sind zu verteidigen.
5. Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Herausforderungen an die EU offengelegt. Sowohl populistische als auch demokratiefeindliche Stimmen haben in der gesamten EU zugenommen und fördern die Spaltung der Gesellschaft und das Misstrauen in die demokratischen Institutionen. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie eine transparente Kommunikation bei der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene können dieser Entwicklung entgegenwirken. Dazu begrüßen die Mitglieder der EMK, dass die europäische Ebene mit der Konferenz zur Zukunft Europas den Versuch unternommen hat, neuartige Bürgerbeteiligungsformen auf EU-Ebene umzusetzen.
6. Es muss das Ziel sein, Bürgerinnen und Bürger und die EU näher zusammenzubringen, die Akzeptanz für Entscheidungen auf EU-Ebene zu fördern und das Vertrauen in die Demokratie zu stärken. In diesem

Zusammenhang betonen die Mitglieder der EMK die Dringlichkeit, dass die im Dezember 2022 öffentlich gewordenen Korruptionsvorwürfe gegen Mitglieder des Europäischen Parlaments umfassend und lückenlos aufgeklärt werden und Mechanismen geschaffen werden, um dies in Zukunft zu verhindern.

7. Die Mitglieder der EMK rufen im Interesse der europäischen Integration zur aktiven demokratischen Beteiligung auf allen Politikebenen auf und weisen darauf hin, dass Bürgerinnen und Bürger auch durch ihre Teilnahme an nationalen und lokalen Wahlen Einfluss auf die Ausgestaltung der europäischen Politik und deren Umsetzung vor Ort nehmen können.
8. Es bedarf einer aktiven Kommunikation, um Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere jungen Menschen sowie Erstwählerinnen und Erstwählern, die Relevanz ihrer Wahlentscheidung auch für ihr Lebensumfeld näher zu bringen. Dies gilt insbesondere in einer Zeit in der der politische Prozess zunehmend durch gezielte Desinformationskampagnen beeinträchtigt wird. Die Mitglieder der EMK möchten dazu beitragen, dass sich möglichst viele Wahlberechtigte an der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 beteiligen. Sie werden sich deshalb dafür einsetzen, rechtzeitig vor der Wahl mit ihren Mitteln der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit auf die Belange, Herausforderungen und Chancen der EU aufmerksam zu machen.